

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 46

Sonntag, den 15. November

1914

Extrabeitrag und Unterstützungsansprüche.

Infolge vielfach geäußelter Wünsche bezüglich des zu leistenden Extrabeitrages und der Unterstützungsansprüche beschloß der Vorstand, mit dem Ausschuß des Verbandes abermals eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. Von den hierbei gefaßten Beschlüssen werden die Mitglieder umgehend in Kenntnis gesetzt werden.

Nahrungsmittelwucher.

Wie die Gewerkschaften ihr ganzes Können für die größtmögliche Einschränkung der Arbeitslosigkeit eingesetzt haben und bereit sind, zur Behebung der wirtschaftlichen Tätigkeit zweckentsprechenden Maßnahmen, mögen sie von irgend einer Seite getroffen werden, ihre Unterstützung angeben zu lassen, so energisch müssen sie allerdings auch gegen den Nahrungsmittelwucher Stellung nehmen. Es sind wieder die breiten Massen der Arbeiter, die am schwersten durch diesen schmachvollen Wucher getroffen werden. Und kein Mittel sollte unversucht bleiben, solchem Wucher das Handwerk zu legen.

Wie hoch die Nahrungsmittelteuerung während der Kriegszeit dem Volke zu stehen kommt, kann natürlich ziffermäßig nicht auf Heller und Pfennig berechnet werden. Daß aber die Brotverteuerung allein dem Volke im Jahre Hunderte von Millionen Mark mehr kostet, ist nicht zu widerlegen. Rechnet man dazu die Verteuerung anderer agrarischer Produkte, die zur Nahrung des Volkes notwendig sind, so ist der Betrag von einer Milliarde im Jahre sicher zu niedrig gegriffen, der zur Ernährung mehr ausgegeben werden muß.

Daraus folgt ohne weiteres, daß diese Mehrausgabe für Nahrungsmittel die industrielle Produktion empfindlich eingeschränkt. Denn die arbeitenden Klassen müssen ihren Konsum an Industrieprodukten um soviel einschränken, als sie eben mehr als sonst für Nahrungsmittel ausgeben müßten. Einschränkung der industriellen Produktion bedeutet jedoch für die Arbeiter steigende Arbeitslosigkeit, also größeres Elend.

Was helfen daher alle Bemühungen, die von Regierungsstellen oder privaten Korporationen oder wirtschaftlichen Organisationen — wie z. B. von den Gewerkschaften ausgehen, um die wirtschaftliche Tätigkeit zu beleben, wenn eine gewissenlose Spekulation mit Nahrungsmitteln die Kaufkraft des Volkes schwächt? — Für die Spekulanten, für Bestitzer und Verkäufer von Nahrungsmitteln mag es sehr profitabel sein, wenn sie die traurige Gelegenheit, die ihnen der Krieg bietet, zur Gewinnmacherei ausnützen. Eine Milliarde Profit ist für diese Volksausbeuter eine glatte Rechnung, eine mühelose Bereicherung. Aber sie ist nicht weniger ein Verbrechen am Volke. Und wir können nicht die genug unterstreichen, was die „Hamburger Nachrichten“ über diesen Lebensmittelwucher schreiben:

„Es ist wahrlich nicht an der Zeit, in der es einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Unternehmern gestattet werden darf, sich skrupellos zu bereichern auf Kosten des ganzen Volkes.“

Wenn selbst dieses freikonservative Blatt die Gefahr der Volksauswucherung so offen vor aller Welt aufdeckt, müßten die regierenden Kreise schleunigst Maßnahmen zur Beseitigung dieser Gefahr treffen. Nun hat zwar die Regierung Höchstpreise für Brotgetreide verhängt. Aber sie hat die Festsetzung der Höchstpreise, seitdem sie eine Mahnung an die Lebensmittelbesitzer und Verkäufer hatte ergehen lassen, um einen vollen Monat hinausgezogen und damit der Preistreiberi Raum gewährt, der auch von ihnen weidlich ausgenutzt wurde. Dann hat sie die Höchstpreise so hoch gestellt, wie sie bei Missetaten und in Hungerjahren kaum vorgekommen sind. Das bedeutet für die Agrarier, für die Besitzer von Brotgetreide oder für Spekulanten immer noch eine glatte Rechnung, d. h. einen hohen unverbildeten Gewinn.

Wenn man sich über die Zusammenhänge von Volksernährung und industrieller Produktion klar ist, dann muß man eben dieses Verfahren als eine schwere Schädigung der Industrie bezeichnen. Auf Kosten der Industrie und ihrer großen Zahl von Arbeitern streichen die Agrarier diese Vorteile ein. Und wohlgerne! Während des Krieges — in einer Zeit, wo jeder die größten Opfer bringen müßte, um die kritische Lage des gesamten Volkes besser zu gestalten.

Die Gewerkschaften sind an dieser Frage stark interessiert, weil die durch die Teuerung gesteigerte Volksnot ihre Unterstützungsleistungen stärker in Anspruch nimmt, ja eine durch die Teuerung geschichtete Arbeitslosigkeit, die durch den Krieg schon aus anderer gespannter Situation zur Ueberspannung aller Nerven führt. Die Gewerkschaften werden

daher das ihrige tun, auch gegen diese Ursache der Arbeitslosigkeit, gegen die Teuerung ihren Einfluß geltend zu machen. Mit ihnen müßte die gesamte Industrie den regierenden Kreisen klar machen, daß schärfere Maßnahmen gegen den Nahrungsmittelwucher notwendig sind, als die Festsetzung von Höchstpreisen. Bürgerliche, großkonservative und liberale Zeitungen haben bereits darauf hingewiesen, daß die Regierung alle Nahrungsmittel zu normalen Preisen den Besitzern — wenn nötig mit gesetzlichem Zwange — abnehmen und zum staatlichen Vertrieb bringen sollte, um während der Zeit der Kriegsnot eine Hungersnot schweren Grades zu verhüten.

Da kann es der Regierung wirklich nicht schwer fallen, energisch und schnell helfend einzugreifen. Jede Verzögerung steigert die Gefahr.

Vom „Burgfrieden“.

Von der Maß bis an die Memel soll der Burgfrieden gelten, wie auch die wirtschaftliche und politische Anschauung des Einzelnen sei, es gilt, in diesem Augenblick zusammenzuhalten und nur dem einen Ziel zu leben: Deutschlands Sieg, um seinen Bestand zu erhalten! So klang es und klingt es auch heute noch durch alle Gassen und durch alle Herzen. Ganz recht. Was wir für unseren Teil dazu geleistet haben, dem Ganzen zu dienen, steht nicht zur Debatte; wir legen auch keinen Wert darauf, daß viel Aufhebens davon gemacht wird, wenn einer seine Pflicht tut. Aber eins können sich die Leute sagen lassen: An den Wagen fahren, und noch dazu in völlig unqualifizierter Weise, lassen wir uns auch nicht. Die „Südd. Tabakzeitung“ glaubt nämlich, uns eine Gardinenpredigt über die Art und Weise halten zu müssen, wie wir in jetziger Zeit die Interessen der Tabakarbeiter wahren. „Aber es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß in einer Zeit, in welcher das deutsche Volk einträchtig wie ein Mann zusammenhalten muß, dennoch vereinzelte Elemente nicht von ihrer Geppflogenheit ablassen können, jede sich bietende Gelegenheit beim Schopfe zu fassen, um Zwietracht zu säen“, schreibt das Blatt. Wir wollen nicht weiter untersuchen, wie sich die „Süddeutsche“ den Burgfrieden denkt; wir seihen von Anfang an voraus, daß auf beiden Seiten der wirtschaftliche Kampf durch einen Waffenstillstand unterbrochen werden müsse und unser Verband hat vom ersten Tage der Kriegserklärung an so gehandelt. Wir haben als selbstverständlich vorausgesetzt, daß auf der Gegenseite ebenso gedacht und gehandelt werde. Zwar haben wir von einem Verzicht oder einer Mahnung irgend einer Unternehmerorganisation unseres Berufes, jetzt nicht an Lohnherabsetzungen zu denken, nichts gelesen, aber wir haben bis jetzt an den Burgfrieden geglaubt und glauben zunächst auch noch ferner daran, obgleich er von einer Anzahl unserer Fabrikanten durchbrochen worden ist.

Daß wir in unserm Blatt die Lohnkürzungen einzelner Unternehmer an den Dranger stellten, ist der „Süddeutschen“ auf die Nerven gefallen; sie versetzt sich, weil in einem Falle unsere Angaben nicht stimmen sollen, in moralische Schwankungen und redet empört von „leichtfertiger Weise“ und „grundlosen Verdächtigungen“. Bitte, die Geschichte mit Dreher u. Prollius in Achim war nicht grundlos. Die Firma bestätigt selbst, daß sie für eine Sorte Condor 2 M. abgezogen hat. Natürlich aus Humanität! Begreifen wir, wie immer. Die Arbeit ist in Achim für 12 M. bereits gemacht worden; vor 14 Jahren forderten die Arbeiter dafür 13 M. Auch die anderen beiden Sorten sollten, als wir den Bericht veröffentlichten, gemacht werden. Daß die Arbeiter sich in damaliger Zeit nicht nur in Achim, sondern auch noch an anderen Orten einverstanden erklärten, billiger zu arbeiten, glauben wir schon, spricht aber nicht für die Gardinenpredigt der „Süddeutschen“, denn gerade der Umstand, daß für die Arbeiter der Knüppel beim Hund lag, gibt die richtige Melodie zum Text. Ein schöner Burgfrieden, der in dem Sinne verstanden wird, daß die Not der Arbeiter die Herabsetzung der Löhne rechtfertigen soll. Danach müßten alle Arbeiter die sonst höhere Löhne hatten, sich gefallen lassen, daß die Fabrikanten ihre billigsten Sorten aus den Winkeln ihrer entlegensten Fabriken heranziehen. Vielleicht jetzt die „Süddeutsche Tabakzeitung“ dieses einmal den norddeutschen Tabakarbeitern besonders auseinander; sie werden für „humane“ Empfindungen gewiß nicht unempfindlich sein.

Hätte die „Süddeutsche“ den Fall der Achimer Firma nicht zu dem ihrigen gemacht in einer Art und Weise, von der wir ja oben einige Proben gebracht haben, dann hätten wir geglaubt, was sie in den ersten Ausführungen ihres Artikels sagte, daß nämlich die Rechte gegenseitig zu wahren seien. Ubrigens haben wir ja auch eine Anzahl weiterer Fälle

von Lohnkürzungen in anderen Nummern unseres Blattes veröffentlicht, zum Teil sind die Differenzen wieder eingerechnet worden; warum denn dort kein Tadel? Aber wir wollen noch einiges hinzufügen, was uns an solchen „humanen“ Fällen gerade ins Gedächtnis kommt und noch nicht von uns veröffentlicht wurde: Vielleicht fragt die „S. T.“ einmal beim Mannheimer Fabrikantenverein wegen des Lohnabzuges bei der Firma Höber & Mandelbaum in Mannheim an; oder sie wendet sich an die Firma Graf in Hamburg, oder gar an die Altonaer Kriegshilfe, die die Differenz an die Altonaer Arbeiter sogar zahlen wollte, wenn sie für dortige Fabrikanten Zigaretten unter den ortsüblichen Böhnen machen wollten.

Ueber das Kapitel „Burgfrieden“ in der Tabakindustrie schreiben wir später wohl noch, jetzt sind wir der Meinung, daß es wirklich darum geht, die Einigkeit der deutschen Volksgenossen nicht zu stören. Deshalb auch, und nur deshalb haben wir in Fällen, wo es uns zweckmäßig schien, die aus der Reihe Tanzenden festgenagelt. Die moralischen Anwandlungen der „Süddeutschen“ uns gegenüber sind falsch angebracht. Meint sie, daß die Tabakarbeiter bei dem Burgfrieden Ambos sein sollen, so geht das eben nicht. Und wenn die Praktiken gewisser Fabrikanten maßgebend sein sollen, nun, so werden wir ja sehen, wie die Karre läuft.

Vom Arbeitsmarkt.

Wir teilten in Nr. 45 des Tabak-Arbeiter mit, daß für die Woche vom 19. bis 24. Oktober 1532 (davon 945 weibliche) Mitglieder, das sind 7 Prozent, als arbeitslos gemeldet wurden. 90 Zahlstellen berichteten nicht. Für die Woche vom 26. bis 31. Oktober wurden als arbeitslos 1097 (davon 26 weibliche) Mitglieder als arbeitslos gemeldet, was einem Prozentfuß von 4,8 entspricht. Es haben 103 Zahlstellen nicht berichtet.

Die Organisation der Arbeit.

Während des Krieges muß eine durchgreifende Organisation der Erwerbstätigkeit im ganzen Reiche vorgenommen werden. Die eingerissene Arbeitslosigkeit macht sich der gesamten Industrie — ausgenommen der für Kriegszwecke arbeitenden — schwer fühlbar. Unternehmerverbände sehen sich daher in die Lage versetzt, mit allen Mitteln eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit zu bewerkstelligen. Sie gehen dabei von demselben volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus, die wir hier oft dargelegt haben, daß nämlich die Arbeitslosigkeit die Stöckung der Produktion verstärkt, die Krise verschärft. So fordert jetzt der „Deutsche Industrie-Verband, Sitz Dresden“ in einem Rundschreiben seine Mitglieder auf, es als wichtigste Aufgabe zu betrachten, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen in einer Reihe von Gewerbezweigen, wie sie infolge des Krieges eingetreten ist und besonders im Winter noch zunehmen wird, wenn nicht allseitig tatkräftig entgegengewirkt wird.

Wörtlich begründet der Verband diese Forderung mit folgenden Sätzen:

„Die Erwerbslosigkeit großer Arbeiterkreise schädigt nicht nur diese, sondern beseitigt ihre Konsumtionsfähigkeit für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, wie der Industrie, und legt dadurch auch den Handel mit denselben lahm, so daß alle Verzweige davon auch schwer beeinträchtigt werden, am schwersten wohl die deutsche Industrie, da der bisherige große Auslandsabzug während der Kriegsdauer in der Hauptsache geübert bleiben wird. Es ist deswegen eine Angelegenheit von höchster Bedeutung für die Industrie, Arbeitslosigkeit und damit einen launträtigen Inlandsmarkt zu schaffen. Staat und Gemeinden sind bereits nach dieser Richtung bemüht, doch nicht in der Lage, allein das auf dem Gebiete Notwendige zu bieten, zumal die von ihnen zu gewährenden Arbeiten nicht für alle vorhandenen Kräfte geeignet sind.“

Man sieht, daß das Unternehmertum sehr gut weiß, wie schwer die verminderte Kaufkraft der arbeitenden Massen den ganzen kapitalistischen Produktionsprozeß und damit natürlich auch die Profitrate beeinträchtigt. Der Fortfall des Profits berührt aber ein kapitalistisches Gemüt ungemein; außerdem mag es auch beunruhigend in kapitalistischen Kreisen wirken, daß in jetziger Zeit die verzweifelte Lage des Arbeitslosenheeres Unsicherheit im Innern des Reiches schafft.

Dem entgegenzuwirken, hat der Deutsche Industrie-Verband bisher eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die er in dem Rundschreiben folgendermaßen skizziert:

1. hat einen Austausch vermittelt zwischen den an entzogen (besonders den für Kriegsbedarf arbeitenden) Arbeitsstellen schenkenden und den an anderen überschüssigen Arbeitskräften;
2. hat durch Beteiligung an Kreditschulden dem vielfach zu Tagetretenden Mangel an finanziellen Betriebsmitteln mit abzuhelfen vermag;
3. hat entgegen und befristend das Vorgehen bei den Regierungskreisen unterstützt, um die Industrie besser mit Rohstoffen zu versorgen;
4. hat bei den in Frage kommenden Behörden mit allem Nachdruck dahin eingetreten,
 - a) daß alle begonnenen und in Aussicht genommenen Arbeiten und Aufstellungen sofort angeführt und fortgesetzt werden;

